

Hausärzte begrüßen Aufwertung derprechenden Medizin

In ersten Reaktionen haben Ärztevertreter das gesundheitspolitische Kapitel des Koalitionsvertrages in weiten Teilen gelobt. Zwar wiesen Berufsverbände und politische Akteure wiederholt auf das ausstehende Votum der SPD-Mitglieder hin, nichtsdestotrotz zeichnete die erste Bewertung ein deutliches Bild. Dass Union und SPD die hausärztliche Versorgung und die „sprechende Medizin“ besser vergüten wollen, wertete Ulrich Weigeldt, Bundesvorsitzender des Deutschen Hausärztesverbandes (s. Bild), als „richtiges und wichtiges Signal“. „Das deckt sich mit dem gesellschaftlichen Bedarf.“ Bei der konkreten Ausgestaltung bot er in einer ersten Reaktion konstruktive Mitarbeit an. Auch dass die potenziellen Koalitionäre die allgemeinmedizinische Weiterbildung fördern wollen und die Umsetzung des Masterplans Medizinstudium 2020 bekräftigen, lobte Weigeldt. Die geplante Erhöhung des Mindestsprechstunden-

angebots auf 25 Stunden hingegen „wäre ein unnötiges bürokratisches Regularium und ein negatives Signal für den hausärztlichen Nachwuchs“.

Auch Professor Frank Ulrich Montgomery, Präsident der Bundesärztekammer (BÄK), lobte unter anderem die Förderung von Landärzten sowie Maßnahmen zur Nachwuchssicherung. So ist im Koalitionsvertrag ausdrücklich eine Erhöhung der Medizinstudienplätze angesprochen.

Das Einsetzen einer Kommission zur Honorarfrage wertet Montgomery als „vernünftig“. In der Tat zeigten sich viele Ärztevertreter erleichtert, dass die Bürgerversicherung keinen Einzug in den Koalitionsvertrag gefunden hat, während aus den politischen Lagern von SPD und Grünen enttäuschte Stimmen laut wurden. Zahlreiche Verbände hatten sich während der Verhandlungen wiederholt ge-



gen eine Vereinheitlichung der ärztlichen Abrechnungssysteme EBM und GOÄ ausgesprochen. Die nun angedachte Lösung verschaffe die

„Möglichkeit, sich noch einmal eingehend mit den verfassungsrechtlichen Voraussetzungen für ein modernes Vergütungssystem wie auch den möglichen strukturellen und finanziellen Verwerfungen auseinanderzusetzen“, wertete Montgomery.

Die Kassenärztliche Bundesvereinigung (KBV) wollte sich inhaltlich zur gesundheitspolitischen Agenda erst äußern, wenn die SPD-Mitglieder zugestimmt haben. Die KBV sieht sich aber mit ihrem Konzept „KBV 2020“ gut für die kommenden Aufgaben aufgestellt. Lob für den Koalitionsvertrag gab es auch von Kassenseite – insbesondere für die geplante Weiterentwicklung der sektorübergreifenden Versorgung. (jk)



Gesundheit bleibt in CDU-Händen

Die mit dem Koalitionsvertrag bekanntgewordene Ressortaufteilung sieht vor, dass das Gesundheitsministerium weiterhin von der CDU geführt wird. Als heißeste Anwärterin auf den Ministerposten wurde bei Redaktionsschluss die bisherige Staatssekretärin im Gesundheitsministerium Anette Widmann-Mauz gehandelt. Hermann Gröhe (CDU) soll Bildungsminister werden, hieß es.

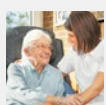
Alle Ressorts auf einen Blick:
<https://hausarzt.link/tnOUO>

Jana Kötter, 135pixels - Fotolia, Ingo Bartussek - stock.adobe.com, Gina Sanders - Fotolia

Fotos: GEORG LOPATA/axentis.de,



E-Health: „Wir werden die Telemedizininfrastruktur weiter ausbauen und eine elektronische Patientenakte für alle Versicherten in dieser Legislaturperiode einführen“, sagen Union und SPD im Vertrag zu. Außerdem soll unter anderem die Anwendung und Abrechnung telemedizinischer Leistungen ausgebaut werden.



Pflege: In einem Sofortprogramm sollen 8.000 neue Fachkraftstellen im Zusammenhang mit der medizinischen Behandlungspflege in Pflegeeinrichtungen geschaffen werden. Außerdem wollen Union und SPD die Bezahlung in der Altenpflege nach Tarif stärken, etwa durch die flächendeckende Umsetzung von Tarifverträgen.



GKV-Finanzierung: Ab 1. Januar 2019 sollen Arbeitgeber und Arbeitnehmer die Beiträge wieder zu gleichen Teilen tragen. Der Zusatzbeitrag wird dafür nicht abgeschafft, sondern paritätisch finanziert. Der Morbi-RSA soll „mit dem Ziel eines fairen Wettbewerbs“ weiterentwickelt und vor Manipulation geschützt werden.